

BRONSKIS WOCHE

Liebe Leserinnen, liebe Leser, deutsche Behörden haben viel Spott auf sich gezogen, weil sie Daten vielfach noch immer per Fax übermitteln, obwohl es deutlich modernere Verfahren zur Kommunikation gibt. Keine Frage: Das Fax ist nicht mehr zeitgemäß. Das gilt auch in Bezug auf Ihre Zuschriften. Nur noch sehr selten kommen welche per Fax. Wir ziehen jetzt daraus die Konsequenzen. Wenn Sie sich die Infobox unter der Bronski-Grafik ansehen, werden Sie feststellen, dass die Faxnummer verschwunden ist, die dort bisher angegeben war. Die Ära des Faxes ist vorbei. Gut für mich: Abtippen ist langwierig. Es ist so viel einfacher, eine Mail zu schicken!

Ihr Bronski

Mündige junge Leute

Zu: „CDU gegen Wählen ab 16“, FR-Politik vom 30. November

Das war ja nicht anders zu erwarten. Jüngere Wähler:innen wählten bei der Bundestagswahl mehrheitlich nicht die CDU, und die alten sterben einfach aus. Da bekommt das Wort Urnengang eine ganz neue Bedeutung. Es wird höchste Zeit, dass das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt wird, so wie im Koalitionsvertrag von Rot-Gelb-Grün auch vorgesehen. Die Mündigkeit junger Leute ist spätestens seit der Klimaschutzbewegung (FFf) nicht mehr infrage zu stellen.

Martin Schallert, Schöffengrund

Es geht der CDU um das eigene Überleben

So so, da lehnt die CDU es ab, das Wahlalter auf 16 abzusenken. Nicht wirklich verwunderlich, schließlich haben bei der Bundestagswahl im September nur mit Mühe und Not zehn Prozent der Erstwähler und -wählerinnen die CDU gewählt. Es geht der CDU weniger um die Volljährigkeit der Wähler:innen als vielmehr ums eigene Überleben.

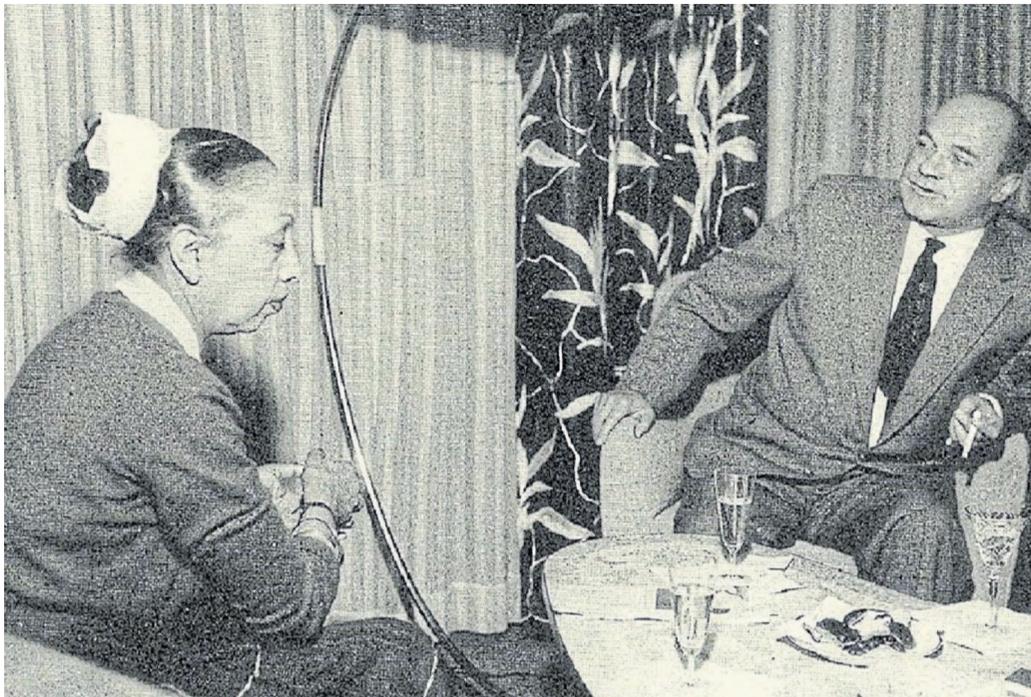
Fritz Brehm, Frankfurt

Falsch eingeschätzt

Zu: „Kroatiens E-Tüftler“, FR-Wirtschaft vom 27. November

„Jeden Cent“ seiner auf zwei Milliarden Dollar taxierten Rimac Group habe er selbst geschaffen, versichert treuherzig der 33-jährige Firmeninhaber in dem FR-Bericht „Kroatiens E-Tüftler“. Eine derartige Aussage demonstriert wieder einmal die totale Fehleinschätzung von Leuten, die über Nacht reich geworden sind. Erstens sind die zwei Milliarden Euro zunächst einmal kein realer, sondern nur ein Hoffnungswert. Und zweitens fragt man sich, warum Rimac seine 1100 Beschäftigten nicht sofort rausschmeißt, wenn er den Unternehmenwert völlig allein aus dem Boden gestampft hat.

Hans Schinke, Offenbach



Josephine Baker zu Besuch bei der Rundschau

Im Dezember 1957 besuchte Josephine Baker Frankfurt und schaute auch, wie man sieht, bei der Frankfurter Rundschau vorbei. Das Bild zeigt sie im Gespräch mit dem damaligen Chefredakteur Karl Gerold. Kürzlich wurde die Ikone der Tanzkunst, Widerstandskämpferin und Bürger-

rechtlerin, die 1975 starb und in Monaco begraben ist, symbolisch mit einer nachträglichen Bestattung im Pariser Pantheon geehrt. Diesen Schatz von einem Bild hat der frühere FR-Chefredakteur Roderich Reifenrath in seinem Archiv gefunden und uns zugänglich gemacht.

FR

Wir sind wieder in einem kalten Krieg

Koalitionsvertrag: „Ruf nach wirklichem Wechsel – Außenpolitik der Ampel abgelehnt“, FR-Politik vom 1. Dezember

Gigantische Aufrüstungsprogramme

Nun ist wohl die Zustimmung zur Anschaffung neuer Atom-bomber und bewaffneter Drohnen, zur fortgesetzten Lagerung von Atombomben in Büchel, zur Festschreibung der nuklearen Teilhabe, zur Militarisierung der EU, zur Ablehnung des UN-Atomwaffenverbotsvertrags Voraussetzung für die Bildung einer Ampel-Koalition?!

Warum findet keine öffentliche Debatte zu den genannten Themen statt? Weder bei der Erstellung der Bundestagswahlprogramme, noch während des Wahlkampfes, noch bei den Triellen wurde darüber diskutiert. Die Journalist*innen aller Medien schweigen! Es gibt Ampel-Checks zu allen möglichen Themen, Skandalisierungen von Personalentscheidungen u.v.a.m.

Es ist offensichtlich Aufgabe der Leserbriefschreiber*innen, auf die im Koalitionsvertrag beschlossenen gigantischen Aufrüstungsprogramme von Rot-Grün-Gelb hinzuweisen und diese zu kritisieren, die unabsehbare Folgen (und natürlich auch Kosten) nach sich ziehen werden.

Armin Lauven, Bonn

Wirkliche Friedenspolitik sähe ganz anders aus

Unter dem Titel „Ruf nach wirklichem Wechsel. Außenpolitik der Ampel abgelehnt“ berichtete die FR über die Kritik des Bundesausschusses Friedensratschlag am Koalitionsvertrag. Viele weitere Friedensorganisationen hatten ähnliche Kritikpunkte vorgetragen. Am skandalösesten ist die Festlegung auf die schnelle Anschaffung eines neuen Atombombers

für die Atombomben in Büchel. Die SPD hatte eine ausführliche Debatte über die (Nicht-) Fortsetzung der nuklearen Teilhabe versprochen, der linke Flügel war für deren Ende eingetreten, die Grünen hatten in einem Bundestagsantrag noch im Juni 2020 den bedingungslosen Abzug der Atombomben gefordert.

Nun kommen mächtige Bekenntnisse zur nuklearen Teilhabe, obwohl diese völkerrechtswidrig ist und dem Nichtverbreitungsvertrag widerspricht, dem gemäß für Nichtatomwaffenstaaten auch die mittelbare Annahme von Atomwaffen strikt verboten ist – doch dies geschieht in Büchel und soll nun von der Ampel weitergeführt werden – mit in Bälde sogar „modernisierten“ Bomben und neuen Kampffjets. Dazu passen dann auch die Bewaffnung der Drohnen, die Forderung nach weiterer EU-Militarisierung und Bekenntnisse zu Auslandseinsätzen und den Aufrüstungszielen der Nato. Wirkliche Friedenspolitik sähe ganz anders aus!

Martin Singe, Bonn

Der Koalitionsvertrag ist schlicht eine Katastrophe

Wie schon im Wahlkampf, so spielt auch bei den Bewertungen des jetzt vorliegenden Koalitionsvertrags die Friedenspolitik nur eine leider unverdient randständige Rolle.

Warum unverdient? Nach Jahren der Entspannung und der Abrüstung, verbunden mit der Hoffnung auf eine vertrauensvolle internationale Zusammenarbeit bei der Lösung von Konflikten haben sich seit den 2000er Jahren die Spannungen zwischen den ehemaligen Blöcken und jetzt noch mit dem aufstrebenden China immer

mehr verschärft. Mittlerweile sind wir wieder in einem Kalten Krieg angelangt. Die Aufrüstung auf allen Ebenen eskaliert von Jahr zu Jahr neue Höhen und das Klima zwischen den Nato-Staaten und Russland bzw. China ist von Misstrauen und Drohungen geprägt. Selbst ein neuer (Welt-) Krieg mit Atomwaffen kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

So hat die Nato bei ihrem Treffen im Juni 2021 eindeutig die „Ablehnung des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen bekräftigt“ und behält sich auch einen Ersteinsatz dieser Massenvernichtungsmittel vor.

Was sagt jetzt der Koalitionsvertrag zu diesem Thema? Nach einem patriotischen Bekenntnis zur Unverzichtbarkeit der Nato, zu weiterer Aufrüstung (in die „Nato-Fähigkeitsziele entsprechend investieren“, z.B. mit „bewaffneten Drohnen im Auslandseinsatz“ und einem neuen Kampfflugzeug) und zur weiteren Beteiligung an der „nuklearen Teilhabe“ wird der Friedensbewegung noch schnell das Häppchen serviert: „Unser Ziel bleibt eine atomwaffenfreie Welt“. Dieses jahrzehntealte Versprechen auf den St. Nimmerleinstag, wird freilich durch das Gros der beschriebenen Ziele und Maßnahmen völlig konterkariert. Für die ehemalige Partei der Friedensbewegung, die Grünen, und für die Partei eines Willy Brandt ist das Ergebnis dieser Koalitionsverhandlungen ein Armutszeugnis; für eine friedliche Welt, die in der gerade allgegenwärtigen Klimakrise gemeinsam und zügig für ihren Erhalt kämpfen muss, schlichtweg eine Katastrophe.

Bernd Bremen, Aachen

Diskussion: frblog.de/ampelkoalition

Jedes zweite Krankenhaus

Erwiderung auf „Hat die SPD Schiss vor Lauterbachs Courage?“, Forum v. 1.12.

Behüte uns vor einem Gesundheitsminister Karl Lauterbach! Er lässt sich, anders als Frau Hölder in ihrem Leserbrief schreibt, vor jeden Karren spannen. So propagierte er seit Jahren die von der Bertelsmann-Stiftung geforderte Schließung jedes zweiten Krankenhauses in Deutschland. Für die Verknappung von Betten auf Intensivstationen hat er erst gesorgt. Er ist also auch verantwortlich, wenn die Triage wieder als Drohkulisse aufgebaut wird.

Weiterhin saß er zwölf Jahre im Aufsichtsrat der privaten Rhön-Kliniken. Er treibt den Ausverkauf kommunaler Kliniken zugunsten privater Betreiber voran zu unser aller Schaden. Die ausgezeichnete Kolumne von Dr. Hontschik in der FR hat wiederholt darüber aufgeklärt.

Gudrun Hinz-Warnke, Hamburg

Diskussion: frblog.de/ampelkoalition

Mit allen Konsequenzen

Erwiderung auf „Alles wird in einen Topf geworfen“, Forum vom 2.12.

Wie verquer muss der Impfgegner Dietrich Buroh denken, wenn er ein von mir benutztes, dem Preußenkönig Friedrich dem Großen zugeschriebenes Zitat („Jeder nach seiner Façon“) mit einem Spruch der Nazis in Verbindung bringt! Die Quintessenz meines Leserbriefes vom 18.11. war: Wer sich nicht impfen lassen will, darf das, muss aber bereit sein, alle sich ergebenden Konsequenzen zu tragen. Punkt. Wolfram Siegel, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/impfangst-2

Im Gefolge der CDU

Grüne: „Ausgewaschener Bettvorleger“, FR-Meinung vom 2.12.

Ihr Artikel über die Grünen ist auch auf Hessen übertragbar. Hier hat die grüne Partei mit Tarek Al-Wazir an der Spitze von Beginn an versagt. Vom Ausbau des Flughafens, der Vernichtung von Bannwäldern, dem Fluglärm bis zum Wahnsinnsbau von Autobahnen ist sie ihrem Einflüsterer von der CDU demütig gefolgt. Für uns schon lange nicht mehr wählbar.

Emil Jacob, Poppenhausen

Diskussion: frblog.de/machtkampf

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20211129